



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Oktober 1988
8. Jahrgang, S. 182–203
ISSN 0177–1868

10

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	182, 198
Haftung des Steuerberaters	183
– Ermittlungspflicht bei Mandatsübernahme (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 28.4.1988 – 18 U 1/88)	
Haftung des Steuerberaters	184
– Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG	
– Anmerkung (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 14.7.1988 – 18 U 32/88)	
Haftung des Treuhänders	189
– Bauherrenmodell	
– Funktionsträgergebühren und Gegenleistungen (OLG Karlsruhe Ur.t.v. 5.2.1988 – 15 U 246/85)	
Haftung des Treuhänders	195
– Pflicht zur Prüfung der Rohbaumaßnahme? (LG Oldenburg Ur.t.v. 21.8.1987 – 6 O 2008/86)	
Beschlagnahme notarieller Urkunden	196
– Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO	
– Anmerkung (LG Stuttgart Beschl.v. 21.4.1988 – 8 Qs 28/88)	
GI Hinweis	199

GI Leitsätze

Pflichten des Treuhänders im Bauherrenmodell

Der Treuhänder eines nach dem Bauherrenmodell geplanten Bauvorhabens, der vor Erteilung der Baugenehmigung Eigenkapitalraten der Bauherren an einen mit der wirtschaftlichen und steuerlichen Beratung der Bauherren sowie der Vermittlung des Treuhandvertrags beauftragten Dritten ohne jede anderweitige Sicherstellung weiterleitet, verletzt die ihm aufgrund des Treuhandvertrags obliegenden Pflichten schuldhaft. (BGH Ur. v. 19. 6. 1986 – VII ZR 25/85 WM 1986, 1320)

Schadenberechnung und Vorteilsausgleich wegen Steuervorteile

Ein Bauherr, der von einem im Rahmen eines Bauherrenmodells tätig gewordenen Treuhänder die Erstattung von Aufwendungen verlangen kann, die er als Werbungskosten geltend gemacht hat, braucht sich die damit verbundenen steuerlichen Vorteile nicht anrechnen zu lassen, weil er den Rückempfang der Aufwendungen nachversteuern muß (im Anschluß an BGHZ 74, 103 und BGH Ur. v. 9. 12. 1987 – IVa 204/86 = WM 1988, 220 = GI 1988, 77).

(BGH Ur. v. 25. 2. 1988 – VII ZR 152/87)

Abgrenzung zwischen Anlagevermittler und Anlageberater

1. Von einem Anlagevermittler werden lediglich Auskünfte erbeten, wobei zu erwarten ist, daß der werbende und anpreisende Charakter im Vordergrund steht. Er ist zu richtiger und vollständiger Information über diejenigen tatsächlichen Umstände verpflichtet, die für den Anlageentschluß des Interessenten von besonderer Bedeutung sind.
2. Der Anlageberater wird dagegen vom Anleger in dessen individuellem Beratungsinteresse als Sachkundiger hinzugezogen. Von ihm wird nicht nur die Mitteilung von Tatsachen, sondern insbesondere deren fachkundige Bewertung und Beurteilung, zugeschnitten auf die persönlichen Verhältnisse des Anlegers, erwartet. (OLG Oldenburg Ur. v. 1. 12. 1986 – 13 U 126/85, WM 1987, 169)

Regreß gegen Treuhänder wegen zu geringer Mieteinkünfte?

1. Zu den Aufklärungspflichten des Treuhänders beim Bauherrenmodell.
2. Wer vorvertragliche Aufklärungspflichten verletzt, hat zu beweisen, daß der Schaden auch bei pflichtgemäßem Verhalten eingetreten wäre.
3. Deckt entgegen der Erwartung des Erwerbers eines Ferienhauses die Miete nicht seine Zinsbelastung, handelt es sich nicht um einen Vertrauensschaden, sondern um einen Gewinnentgang, der nicht unter den bei culpa in contrahendo zu ersetzenden Schaden fällt.

(OLG Stuttgart Ur. v. 10. 3. 1987 – 10 U 7/86, NJW/RR 1988, 276)

Haftung des Steuerberaters

– Ermittlungspflicht bei Mandatsübernahme
(OLG Düsseldorf Urf.v. 28.4.1988 – 18 U 1/88)

Leitsatz (d. Verf.):

Der Steuerberater kann sich auf die Auskunft des Mandanten, er wohne in einem Zweifamilienhaus, verlassen, wenn nach seiner Kenntnis ein Teil des Gebäudes vermietet ist. Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, sich den Einheitswertbescheid vorlegen zu lassen.

Aus den Gründen:

Die Beklagten waren beauftragt, für die Klägerin und ihren Ehemann die Einkommensteuererklärungen für die Jahre ab 1976 anzufertigen. Sie übernahmen ihr Mandat damit nach dem Ankauf des Anwesens W.-straße 22 durch die Mandanten (Vertrag vom 29.12.1975; Eigentumsübergang am 15.3.1976). Im Zusammenhang mit der Erstellung der Steuererklärungen war die steuerrechtliche Behandlung des Objektes bedeutsam. Im Zeitpunkt des Ankaufes des Anwesens, wohl auch bei Aufnahme des Mandates durch die Beklagten – ausweislich der Einkommensteuerakten (Anlage zum finanzgerichtlichen Verfahren) wurde der Beklagte zu 1 dort erstmalig mit Schreiben vom 8.9.1976 tätig – sprach die äußere Gestaltung des Gebäudes für das Vorliegen eines Zweifamilienhauses (Vermietung eines Teiles des Gebäudes an F.) Die Klägerin stellt nicht in Abrede, die Beklagten immer wieder darauf hingewiesen zu haben, daß es sich bei dem Haus – nach ihrer Ansicht – eindeutig um ein Zweifamilienhaus handele.

Die Beklagten **konnten sich zunächst auf die Richtigkeit dieser Auskunft verlassen**, zumal das Finanzamt dieser steuerrechtlichen Behandlung – später – folgte (die Einkommensteuererklärungen der Klägerin und ihres Ehemannes für 1976 datierten – erst – vom 23.6.1978). **Eine Verpflichtung der Beklagten, bei Aufnahme des Mandats gleichsam „vorbeugend“ die Vorlage des Einheitswertbescheides zu verlangen**, ggfs. die Mandanten insoweit zu einer Nachfrage beim Finanzamt zu veranlassen – die Klägerin will den Einheitswertbescheid nicht erhalten haben –, **bestand nicht**.

Die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse durch die Klägerin stimmte mit der steuerrechtlichen Beurteilung durch das Finanzamt überein. In dieser Situation war eine weitergehende, umfassende quasi „**Ermittlungspflicht**“ der Beklagten nicht gegeben. Die Beklagten waren auch nicht verpflichtet, die Klägerin zu diesem Zeitpunkt in allgemeiner Hinsicht, ohne konkreten Anlaß, darüber zu belehren, welche baulichen Voraussetzungen für die Anerkennung des Anwesens als Zweifamilienhaus erforderlich waren.

Anlaß zu einer weiteren Nachfrage hatten die Beklagten erst, wenn sie Kenntnis von Umständen erlangten, die die steuerrechtliche Beurteilung des Anwesens als Zweifamilienhaus für die Zukunft in Zweifel ziehen konnten.

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung des Schadenersatzanspruchs,
§ 68 StBerG
- Anmerkung
(OLG Düsseldorf Urt. v. 14.7.1988 – 18 U 32/88)

Leitsatz:

Hat der Steuerberater durch pflichtwidriges Verhalten eine überhöhte Umsatzsteuerbelastung seines Mandanten verursacht, so beginnt die Verjährung des Schadenersatzanspruchs erst mit Ablauf der Festsetzungsfrist.

Leitsatz (d. Verf.):

Das Grundsatzurteil des BGH vom 20.1.1982 zur Belehrungspflicht des Steuerberaters über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährungsfrist wurde erstmals im Juni-Heft der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ veröffentlicht. Eine Kenntnis dieses Urteils kann vom Steuerberater am 30.10.1982 nicht erwartet werden, da für eine angemessene Verbreitung in Fachzeitschriften eine Dauer von mindestens weiteren vier Monaten nötig ist.

Aus den Gründen:

Der mit der Klage geltend gemachte Hauptanspruch (35.328,10 DM) ist in Höhe eines Teilbetrages von 3.621,44 DM abzuweisen, weil der Schadenersatzanspruch des Klägers insoweit verjährt ist. Dabei handelt es sich um die dem Kläger entgangenen Vorsteuerverrechnungsmöglichkeiten für die Jahre 1976 und 1977:

1976	=	DM 1.046,53
1977	=	DM <u>2.574,91</u>
Zusammen	=	DM 3.621,44

Schadenersatzansprüche gegen einen Steuerberater verjähren in 3 Jahren (§ 68 StBerG). Die Verjährung beginnt mit der Entstehung des Schadenersatzanspruches (BGH Ur. v. 20.1.1982 – IVa ZR 314/80 – GI 8/82 = ZIP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17 = NJW 1982, 1285, 1286).

Auf den Kenntnisstand des Geschädigten kommt es dabei nicht an.

Daraus folgt, daß die Schadenersatzansprüche des Klägers verjährt sind, die vor dem 22.5.1983 entstanden sind: Am 22.5.1986 hat der Kläger den Mahnbescheidsantrag eingereicht, mit dem dieses Verfahren anfängt. Die dadurch bewirkte Verjährungsunterbrechung beginnt mit der Antragstellung (§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB, § 693 Abs. 2 ZPO). Geht man vom genannten Unterbrechungszeitpunkt (22.05.1986) aus, so ergibt eine Rückrechnung mit dem Verjährungszeitraum von 3 Jahren, daß alle vor dem 22.5.1983 **entstandenen** Ansprüche verjährt sind.

Der **Schaden des Klägers besteht hier in dem Verlust der Verrechnungsmöglichkeiten für die von ihm gezahlten Vorsteuern**. Das (endgültige) **Entstehen** dieser Schäden ist jeweils mit dem Zeitpunkt anzusetzen, zu welchem die Verrechnungsmöglichkeit auch nicht mehr nachträglich herbeigeführt werden konnte.

Der Kläger hatte nach § 18 Abs. 3 UStG für das jeweilige Kalenderjahr eine Umsatzsteuer-Jahreserklärung abzugeben. Er hat diese – so eine unwidersprochene Darstellung – jeweils bis zum September des Folgejahres, spätestens bis zum Ende des Folgejahres abgegeben. Diese Steuererklärungen stehen als Steueranmeldungen (§ 150 Abs. 1 Satz 2 AO) einer Steuerfestsetzung (Steuerbescheid) unter Vorbehalt der Nachprüfung gleich (§§ 168 Abs. 1 Satz 1, 164 Abs. 1 AO). Deshalb können sie ebenso wie Steuerfestsetzungen innerhalb der Festsetzungsfrist – hier innerhalb der Festsetzungsfrist von 4 Jahren (§§ 169 Abs. 2 Nr. 2, § 170 AO) – jederzeit und uneingeschränkt aufgehoben und geändert werden, und zwar auch auf Antrag des Unternehmers (§ 164 Abs. 2 AO; Plückebaum/Malitzky, Mehrwertsteuer, 10. Aufl., § 18 UStG, Rdn. 86/6).

Nach §170 Abs. 2 Nr. 1 AO begannen die Festsetzungsfristen für die Umsatzsteuern der Jahre 1976 und 1977 mit dem Ablauf der Kalenderjahre zu laufen, in denen die Steuererklärungen eingereicht worden sind (1977 und 1978). Die Fristen liefen infolgedessen ab mit den Jahresenden 1981 und 1982. Danach war eine Änderung der jeweiligen Steuerbescheide (= Steueranmeldungen des Klägers) nur noch unter den Voraussetzungen des §§173 Abs. 1 Nr. 2 AO möglich, das heißt bei grobem Verschulden des Klägers ausgeschlossen.

Soweit der Ablauf der Festsetzungsfrist durch den Beginn einer Außenprüfung gehemmt wird (§171 Abs. 4 AO), also die Möglichkeit einer uneingeschränkten Abänderung des ergangenen Steuerbescheides (= Steueranmeldung) zeitlich verlängert wird, hat der – dafür darlegungs- und beweispflichtige – Kläger nichts zu einer Betriebsprüfung vorgetragen, die sich auf die Jahre 1976 und 1977 erstreckt hätte.

Für die umstrittenen Schadenersatzansprüche des Klägers, bezogen auf die Steuererklärungen für 1976 und 1977, bedeutet dies zunächst folgendes: **Der durch die versäumte Vorsteuerverrechnung eingetretene Schaden trat bereits mit Abgabe der insoweit unrichtigen Steueranmeldung (= Steuerbescheid unter Vorbehalt der Änderung) ein.**

Damit war der Schaden aber **noch nicht endgültig entstanden**. Er konnte bis zum Ablauf der Festsetzungsfristen durch Korrektur der unrichtigen Steueranmeldungen wieder beseitigt werden (s. o.). Bis zu diesen Zeitpunkten (hier: Ende 1981 und 1982) war auch der Beklagte im Rahmen seiner fortgeführten Tätigkeit als Steuerberater des Klägers verpflichtet, die ergehenden Steuerbescheide zu überprüfen und bei etwaigen Fehlern eine Änderung oder Berichtigung herbeizuführen (vgl.: BGH Urt. v. 20.1.1982 – IVa ZR 314/80 – GI 8/82 = ZiP 1982, 451 m. Anm. Gräfe = NJW 1982, 1285, 1286).

Daß für den Schadeneintritt auf sein endgültiges Entstehen, hier also auf den Verlust der Berichtigungsmöglichkeit, abzustellen ist, ergibt sich des weiteren aus folgender Erwägung: Für den Fall, daß eine Betriebsprüfung stattfindet, wird das **„Entstehen“ erst mit dem Abschluß der Betriebsprüfung angenommen**, da bis dahin ein Vermeiden der Steuerbelastung immer noch möglich ist (BGH Urt. v. 27.11.1985 – IVa ZR 97/84 – GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 (Gräfe) = BGHZ 96, 290 = NJW 1986, 1162 = WM 1986, 261 = VersR 1986, 362 = MDR 1986, 387 = StB 1986, 94). Dieser Gedanke läßt sich auf den hier vorliegenden Fall einer vorläufigen Steuerfestsetzung übertragen. Es kommt – jedenfalls für Verjährungsfragen – deshalb auf den endgültigen Eintritt des Schadens und nicht auf seine anfängliche Entwicklung an.

Hier war der Schaden hinsichtlich der Umsatzsteuern für die Jahre 1976 und 1977 endgültig bis zum Jahresende 1982 eingetreten. Die auf den Verlust der entsprechenden Verrechnungsmöglichkeiten gestützten Schadenersatzansprüche des Klägers verjährten folglich bis zum Jahresende 1985. Demgemäß trat die Verjährung dieser Ansprüche vor Beginn des vorliegenden Verfahrens ein.

Dem kann der Kläger nicht mit Erfolg entgegenhalten, daß der Beklagte es versäumt habe, rechtzeitig auf seine Schadenersatzpflicht und den Lauf einer Verjährungsfrist hinzuweisen.

Der Bundesgerichtshof hat erstmals mit seinem Urteil vom 20.1.1982 (s. o.) ausgesprochen, daß ein Steuerberater seine Sorgfaltspflichten verletzt, wenn er seinen Mandanten nicht rechtzeitig auf eine gegen ihn, den Steuerberater, bestehende Schadenersatzforderung und auf deren drohende Verjährung hinweist. Es muß sich dabei um einen vorwerfbaren (= schuldhaften) Belehrungsfehler des Steuerberaters handeln. Es kommt folglich entscheidend darauf an, ob der Steuerberater Anlaß zu einer Belehrung hatte (BGH a.a.O., GI 8/82 = ZiP 1982, 451 m. Anm. Gräfe, NJW 1982, 1285, 1288). Im übrigen kann einem Steuerberater das Unterlassen der gebotenen Belehrung vor dem Bekanntwerden der geschilderten Entscheidung des Bundesgerichtshofes nicht als schuldhafter Pflichtverstoß zugerechnet werden (BGH NJW 1986, 1182, 1284).

Gemessen an diesen Grundsätzen läßt sich ein vorwerfbarer Verstoß des Beklagten gegen eine ihm obliegende Belehrungspflicht nicht feststellen. Sein Mandat für den Kläger endete zum 31.10.1982. Zu diesem Zeitpunkt war die erwähnte Entscheidung des Bundesgerichtshofes noch nicht hinreichend bekannt. Sie ist zwar am 20.1.1982 ergangen, in der Neuen Juristischen Wochenschrift aber erst im Juni 1982 (Heft Nr. 23) veröffentlicht worden. **Bis zu einer angemessenen Verbreitung in den einschlägigen Fachzeitschriften waren** – nach der Einschätzung des Senats – **mindestens vier weitere Monate erforderlich**. Im übrigen hatte der Beklagte keinen Anlaß, aufgrund dessen er eine Schadenersatzpflicht seinerseits mit korrespondierender Belehrungspflicht hätte erkennen können.

Im übrigen ist der Hauptanspruch begründet, also in Höhe von 31.706,66 DM. Diese Summe setzt sich aus den entgangenen Vorsteuerverrechnungsmöglichkeiten für die Steuerjahre 1978 bis 1982 zusammen.

Der Senat folgt insoweit den umfassenden Schadenaufstellungen des Klägers, deren Einzelpositionen – mit Ausnahme eines Betrages von 1.710 DM in der Aufstellung für 1979 – mit den beigefügten Rechnungen belegt werden. Das hat der Senat anhand von umfangreichen Stichproben

festgestellt. Zu einer Prüfung aller Rechnungen bestand kein Anlaß, nachdem der Beklagte keine konkreten Einwendungen gegen bestimmte einzelne Positionen erhebt.

Anmerkung:

Das OLG Düsseldorf stellt zu Recht fest, daß Verjährungsbeginn der Zeitpunkt der Entstehung des Schadenersatzanspruchs sei. Es kommt dann auch zu dem richtigen Ergebnis, daß der durch die versäumte Vorsteuer-verrechnung eingetretene Schaden bereits mit der Abgabe unrichtiger Steueranmeldungen eintrat. Denn die Steueranmeldung steht einer Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung gleich (§§ 150, 168, 164 AO). Nicht nachvollziehbar ist, warum entgegen dem Wortlaut der §§ 68 StBerG, 198 BGB für den Verjährungsbeginn die Schadenentstehung nicht ausreichend sein soll, sondern es auf die „**Endgültigkeit**“ eines Schadens ankommen soll.

Es besteht einhellige Auffassung, daß der Verjährungsbeginn nicht erfordert, daß die Höhe eines Schadens feststeht (Palandt–Heinrichs § 198, 1 mit weiteren Nachweisen).

Voraussetzung für den Verjährungsbeginn ist die Schadenentstehung, wobei es genügt, daß die Möglichkeit einer Feststellungsklage besteht. Es ist nicht erforderlich, daß überhaupt schon eine Schädigung feststeht. Es genügt, daß mit dem Bestehen eines eingetretenen Schadens gerechnet werden kann, mag selbst die Schädigung nicht einmal wahrscheinlich sein. (OLG Stuttgart, VersR 1980, 55 unter Hinweis auf RG HRR 40, 980; Münchener Kommentar – von Feldmann § 198, 1; LG Köln GI 1988, 112).

Das OLG Düsseldorf beruft sich zur Unterstützung seiner Rechtsauffassung auf das Urteil des IVa-Senats im Urteil vom 27.11.1985 (GI 1986, 26 = DStR 1986, 200 m. Anm. Messmer). Der BGH hat in dieser Entscheidung die erstmalige und überraschende Entscheidung getroffen, daß grundsätzlich der Zeitpunkt der Betriebsprüfung als Verjährungsbeginn anzusehen sei. Es komme nicht darauf an, ob es durch die Betriebsprüfung erstmals zu einer schädigenden Veranlagung komme. Es genüge auch die Möglichkeit einer Herabsetzung der bereits entstandenen vermeidbaren Steuerbelastung durch die Betriebsprüfung.

Warum aber sollen Mandanten, die einer regelmäßigen Betriebsprüfung unterworfen sind, besser gestellt werden beim Verjährungsbeginn als Steuerpflichtige, die nur selten oder gar keiner Betriebsprüfung unterliegen? Auch in dem Urteil des BGH fehlt die Auseinandersetzung mit der bisher einhelligen Rechtsprechung zum Verjährungsbeginn gemäß § 198 BGB.

Haftung des Treuhänders

- Bauherrenmodell
- Funktionsträgergebühren und Gegenleistungen

(OLG Karlsruhe Urf. v. 5. 2.1988 – 15 U 246/85, KaRS 1988, 125)

Leitsätze:

1. Das Ziel eines Bauherrenmodells ist nicht die möglichst kostengünstige Errichtung eines Bauvorhabens, sondern der Erwerb einer Eigentumswohnung unter geringem Einsatz von Eigenkapital.
2. Die Pflichten des Treuhänders sind daher nicht auf besonders preiswerte Gestaltung des Erwerbs gerichtet. Seine Pflichten und die Vollmacht sind vielmehr danach zu bestimmen, daß die Bauherren einen steuerlichen Erfolg erstreben, aus welchem die Mittel zur Erlangung des Eigenkapitals fließen sollen.
3. Ob die Leistungen der Funktionsträger die jeweilige Gegenleistungen wert sind oder ob diese überhaupt für die Durchführung des Vorhabens notwendig sind, ist ohne Bedeutung für die Bauherren, soweit die eingegangenen Funktionsträgerverträge zur Durchführung des Vorhabens dienlich sind, in ihrer Gesamtheit der kalkulatorischen Vorgabe entsprechen und steuerlich Anerkennung finden.

Aus den Gründen:

Die Rechte und Pflichten der Beklagten zu 2 und der Umfang der ihr erteilten Vollmacht bestimmen sich nach dem Treuhandvertrag zwischen den Parteien und dem von den Parteien verfolgten Ziel.

1. Hierbei können die einzelnen Vertragsverhältnisse, die von den Klägern im Rahmen ihrer Beteiligung an dem Bauherrenmodell eingegangen sind, nicht voneinander isoliert werden.

Die Verbundenheit dieser Verträge untereinander muß vielmehr in die Auslegung ebenso einbezogen werden wie die Tatsache, daß die Bauherren untereinander eine Gesellschaft bilden und nur im Zusammenwirken aller Bauherren das von ihnen erstrebte Ziel erreichen können. Dieses **Ziel** ist nicht die möglichst kostengünstige Errichtung eines Bauvorhabens, sondern **der Erwerb einer Eigentumswohnung unter**

geringem Einsatz von Eigenkapital. Diesem Einsatz soll nach Möglichkeit eine Steuerersparnis gegenüberstehen, die i. d. Idealform das eingesetzte Kapital erreicht oder noch übersteigt. Soweit zur Verwirklichung dieses Ziels Fremdkapital aufzunehmen ist, sollen hierauf entfallende Zinsen und ein Disagio ebenfalls steuermindernd sich dahin auswirken, daß nach Möglichkeit kein oder nur geringes Kapital aus freien Mitteln aufzuwenden ist.

Durch die nach Fertigstellung des Bauvorhabens beginnende Vermietung und Steuervorteile aus der Darlehensaufnahme sollen die Fremdmittel zurückgeführt werden und so letztlich der Bauherr Eigentümer einer Wohnung werden, für welche er keine oder nur sehr geringe Mittel aus seinem verfügbaren Einkommen aufzubringen hat.

2. Diese Zielsetzung bringt es mit sich, daß Maßstab für die Auslegung der Verpflichtung und der Vollmacht des Treuhänders nicht ein Streben der Bauherren **nach möglichst preiswerter Gestaltung des Erwerbs** der zu errichtenden Wohnung sein kann. Die Pflichten des Treuhänders und die ihm erteilte Vollmacht sind vielmehr danach zu bestimmen, daß die Bauherren einen steuerlichen Erfolg erstreben, aus welchem die Mittel zur Erlangung des Eigenkapitals fließen sollen.
3. Dies ist den Beteiligten an einem Bauherrenmodell auch klar. Bei ihnen handelt es sich nicht um Vertragspartner, die aufgrund geringer zur Verfügung stehender Mittel das Ziel möglichst preiswerter Errichtung einer Wohnung verfolgen, die sie selbst nutzen wollen, sondern sämtlich **um Kapitalanleger, deren Einkommen nach dem Vorbringen der Kläger den Höchstsatz des progressiven Einkommensteuertarifs erreicht**.

Nur im Rahmen dieser Tarifbesteuerung kann auch das Ziel der Beteiligung, ohne größeren Einsatz frei verfügbaren Kapitals Wohnungseigentum zu bilden, erreicht werden: Nur erhebliche steuerlich anzuerkennende **Werbungskosten** können zur Erreichung dieses Ziels führen, wobei anfänglich vorgegeben ist, daß **diesen Kosten kein Gegenwert in dem verwirklichten Bauvorhaben gegenübersteht**, andernfalls sie steuerlich gerade keine Werbungskosten, sondern Herstellungskosten bilden.

4. Die steuerliche Behandlung der Werbungskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb der Wohnung ist dadurch gekennzeichnet, daß diese als sofort wirksamer Aufwand zur Erzielung späteren Einkommens behandelt werden und damit vorlaufend die Steuerlast mindern. Diese

Minderung soll ihrerseits wiederum dazu führen, den selbst einzusetzenden Teil des Kapitals aufzuwiegen.

Dieses Ziel kann nur bei hochverdienenden Beteiligten erreicht werden. Erreicht das Einkommen eines Beteiligten den oberen Bereich des Einkommensteuertarifs nicht, ist der „Vorteil“ aus seiner Belastung mit Werbungskosten so gering, daß dieser das aufzubringende Kapital nicht aufzuwiegen vermag.

Aus dieser Vorgabe des Ziels jeder Beteiligung an einem Bauherrenmodell folgt gleichzeitig, daß **die Minderung von Werbungskosten nicht die Aufgabe des Treuhänders eines Bauherrenmodells sein kann, wenn der Gesamtbetrag aller Werbungskosten steuerlich anzuerkennen ist und den Rahmen der Kalkulation des Vorhabens nicht übersteigt.**

Kann das beabsichtigte Bauvorhaben auch unter Vermeidung steuerlich anerkennungsfähiger Werbungskosten durchgeführt werden, wird der Gesamtaufwand eines jeden Bauherren hierdurch zwar geringer, jedoch nur um denjenigen prozentualen Anteil, den die „gesparten“ Werbungsaufwendungen vom kalkulierten Gesamtaufwand ausmachen, während sich gleichzeitig das aus dem frei verfügbaren Einkommen einzusetzende Kapital um etwa den vierfachen Betrag der „ersparten“ Werbungskosten erhöht.

5. Diese steuerrechtliche Vorgabe führt bei der Bestimmung der **Pflichten des Treuhänders** und des Umfangs seiner Vollmacht dazu, daß dieser als **zum Abschluß aller Verträge berechtigt und verpflichtet angesehen werden muß, die zur Erreichung des steuerlichen Ziels notwendig sind und an denen die Bauherren aus diesem Grunde ein Interesse haben.**

Die Frage, ob in preiswerterer Weise – im theoretischen Idealfall unter Vermeidung jeglicher Werbungskosten – das Bauvorhaben verwirklicht werden kann, kann nicht zur Bestimmung der Aufgaben des Treuhänders und des Umfangs der ihm erteilten Vollmacht herangezogen werden.

Dies war den Klägern nach ihrem eigenen Vorbringen auch bewußt: Sie tragen selbst vor, die offen ausgewiesenen Werbungskosten des Modells überstiegen zum erheblichen Teil den Wert der entsprechenden Leistungen der Funktionsträger nachhaltig – andernfalls können die Funktionsträgergebühren auch nicht dazu dienen, die unvermeidbaren Vorlaufkosten der Initiatoren des Modells zu decken.

6. Grundsätzlich dasselbe hat zur Bestimmung der **Aufgaben des Treuhänders im Rahmen der Herstellung des Gebäudes** zu gelten.

Der Herstellungsaufwand findet seinen Niederschlag im Wert des verwirklichten Bauvorhabens. Er ist daher sofortiger steuerlicher Wirksamkeit entzogen, stattdessen wirkt er sich unter dem Gesichtspunkt der Abschreibung für Abnutzung aus. Dies erfolgt grundsätzlich degressiv, was zur Folge hat, daß insbesondere in den ersten acht Jahren nach Errichtung des Gebäudes eine Abnutzung steuermindernd geltend gemacht werden kann, der ein entsprechender Wertverlust nicht gegenübersteht.

7. Eine Abschreibung ist indessen auf den Miteigentumsanteil eines jeden Bauherren an dem Grundstück nicht möglich, weil Grund und Boden keiner Abnutzung unterliegt. Aufwand für den Grundstückserwerb kann dementsprechend niemals steuerlich wirksam werden.

Diese Vorgaben führen dazu, **daß der Anteil derjenigen Kosten, die vom Bauherren für den Erwerb von Grund und Boden aufzubringen sind, im Rahmen der Kalkulation des Modells so niedrig wie möglich zu sein hat und weiterhin alle Kosten, die steuerlich nicht als Werbungskosten geltend gemacht werden können, Herstellungskosten bilden sollen.**

Insoweit besteht durchaus ein vollwertiges und im Rahmen der Vertragsauslegung anzuerkennendes Interesse der Bauherren, die Herstellungskosten von vermeidbarem Aufwand freizuhalten. Vermeidbarer Aufwand findet, weil er vermeidbar ist, keinen Niederschlag in entsprechend höherem Wert der Eigentumswohnung. Dergleichen kann er nur in sehr geringem Maß durch die tatsächliche Abnutzung übersteigende Abschreibung steuerwirksam werden.

8. Die Beklagten weisen insoweit zutreffend daraufhin, daß es den Klägern an einem Schaden fehlt: Diese haben sich bereiterklärt, zum kalkulierten Gesamtaufwand eine Eigentumswohnung zu erwerben. Der Zweck des von ihnen insoweit eingegangenen Engagement ist zum vereinbarten Preis erreicht.

Die Frage, ob dieselbe Wohnung zu einem niedrigeren Preis hätte erworben werden können, ist verfehlt gestellt, nachdem die Kläger durch ihren Beitritt zum Modell ihre Bereitschaft erklärt haben, zum kalkulierten Gesamtaufwand sich an dem Modell zu beteiligen (OLG Köln Ur.t.v. 22.9.1981, 9 U 221/80; OLG Düsseldorf Ur.t.v. 30.6.1987, 23 U 119/86 und Ur.t.v. 14.8.1987, 23 U 243/86).

Im übrigen tragen die Beklagten insoweit unwidersprochen vor, daß keiner der Kläger sich vom Beitritt zum Modell hätte abhalten lassen, wenn die von der B-Gruppe kalkulierten, von den Bauherren zu erset-

zenden Initiativkosten in der Werbung zum Beitritt zur Bauherrengemeinschaft oder in den vorgänglich den Klägern zugänglich gemachten Vertragsmustern K1 bis K5 aufgedeckt worden wären.

Die von der Beklagten zu 2 in Vollmacht der Kläger abgeschlossenen Funktionsträgerverträge enthalten zu einem Teil keine für die Durchführung des Vorhabens notwendigen Leistungen der verpflichteten Funktionsträger, wie die Kläger zutreffend ausführen.

Aus der Vermeidbarkeit des Abschlusses der entsprechenden Funktionsträgerverträge folgt jedoch nicht ohne Weiteres ein entsprechender Schadenersatzanspruch. Die Kalkulation des Modells beruhte auf der zunächst zugesagten steuerlichen Anerkennung von Werbungsaufwendungen in Höhe von 12,5% des kalkulierten Gesamtaufwandes eines jeden Bauherren. Nur bei Abschluß von Funktionsträgerverträgen, durch die diese Quote erreicht wurde, konnte bei einem Steuersatz der Bauherren von 60% das aus frei verfügbarem Einkommen einzusetzende Eigenkapital voll, bei einem Steuersatz von 50% noch in Höhe von rund 90% aus Steuervorteilen im Zusammenhang mit der Beteiligung an dem Modell erreicht werden.

Auf welchen einzelnen Positionen oder Leistungen die als Werbungskosten anzuerkennenden Funktionsträgergebühren tatsächlich beruhten oder ob die Leistung des jeweiligen Funktionsträgers dem vereinbarten Entgelt adäquat ist, ist für die Beteiligten an einem Bauherrenmodell schlechthin gleichgültig, wenn die Funktionsträgerverträge in ihrer Gesamtheit der kalkulatorischen Vorgabe entsprechen und steuerlich Anerkennung finden.

Dem entspricht es, daß die Beklagte zu 2 in der Kalkulationsphase die einzelnen für die Funktionsträger bestimmten Gebührensätze in erstaunlicher Weise variierte. Denselben Leistungen wurde nach diesen Urkunden um 100% voneinander abweichende Gebührensätze zugeordnet, **allein der Gesamtbetrag von 12,5%, der mit der Finanzbehörde abgestimmt war, wurde konstant gehalten. Auf diesem Satz beruhte die Kalkulation des Modells; mit Werbungskosten aus Funktionsverträgen, d. h. Kosten, denen kein Gegenwert im Bauvorhaben gegenüberstand, waren die Bauherren in der kalkulierten Höhe einverstanden. Kosten in dieser Höhe waren notwendig, um die erstrebten Steuervorteile zu erreichen, aus denen der Aufwand der Beteiligung jedes der Kläger an dem Modell abgedeckt werden sollte.**

Ob die Leistungen der Funktionsträger die jeweilige **Gegenleistung wert waren** oder ob diese überhaupt **für die Durchführung des Vorhabens notwendig** waren, ist ohne Bedeutung für die Kläger, soweit die eingegange-

nen Funktionsträgerverträge zur Durchführung des Vorhabens dienlich sind und den erwünschten steuerlichen Effekt auslösen (OLG Köln Ur.t.v. 22.9.1981, 9 U 221/80; OLG Düsseldorf Ur.t.v. 30.6. und 14.8.1987, 23 U 119/86 und 23 U 243/86).

Dem entspricht es, daß die Kläger die Diskrepanz zwischen dem Wert der Vermittlung einer Finanzierung, die ihren Vorstellungen entspräche, und dem hierfür vereinbarten Honorar selbst aufzeigen und die Initiatorseite auf die Finanzierung ihrer Vorlaufkosten aus diesen Gebühren verweisen.

Ein zum Schadenersatz führendes Verhalten der Beklagten zu 2 liegt im Abschluß von Funktionsträgerverträgen, die innerhalb von 12,5% des kalkulierten Gesamtaufwandes eines jeden der Kläger liegen, daher nur, soweit die Leistungen der Funktionsträger nicht zur Erreichung des steuerlich erstrebten Erfolgs notwendig sind und auch sonst kein vernünftiges Interesse der Bauherren an diesen Leistungen bestehen kann (BGH DB 1984, 564, 565).

Dies ist hinsichtlich eines Teils der aus den Funktionsträgergebühren geltend gemachten Werbungskosten nicht auszuschließen. Die Entscheidung hierüber hängt von der vorgreiflichen Entscheidung des Finanzamtes über die Anerkennung der Gebühren als Werbungskosten ab, soweit die Kläger nicht durch ihren Beitritt zu dem Modell ausdrücklich die Beklagte zu 2 zum Abschluß entsprechender Verträge angewiesen haben.

Soweit die Steuerbehörde die Vergütung aus Verträgen, deren Abschluß in das Ermessen der Beklagten zu 2 gestellt war, als Werbungskosten anerkennen wird, tritt der Erfolg, den die Kläger mit ihrer Beteiligung an dem Modell beabsichtigt haben, ein. Allein soweit die Anerkennung von Werbungskosten versagt werden wird, ist der Beklagten zu 2 ein Vorwurf zu machen. Dieser kann freilich nicht dahin gehen, daß sie Funktionsträgerverträge abgeschlossen hat, sondern nur dahin, daß ihr Einfallsreichtum nicht hoch genug war, Funktionen zu erfinden, von deren Nützlichkeit für die Verwirklichung des Vorhabens die Steuerbehörde überzeugt werden kann.

Statt der zum Teil geschlossenen Verträge, die möglicherweise keine steuerliche Anerkennung finden werden, hätte die Beklagte zu 2 nach dem Vertrag mit den Klägern Funktionen finden müssen, die den vorgegebenen Rahmen von 12,5% ausfüllen und steuerliche Anerkennung erfahren.

Haftung des Treuhänders

– Pflicht zur Prüfung der Rohbaumaßnahme?

(LG Oldenburg Urt.v. 21.8.1987 – 6 O 2008/86)

Leitsatz (d. Verf.):

Die Mittelverwendungskontrolle des Treuhänders verlangt nicht eine Überprüfung der Rohbaumaßnahme.

Aus den Gründen:

Sollte die Verkleinerung der Wohnfläche auf einer nachträglichen Änderung der Grundfläche (nicht nur der Dachneigung) beruhen, haben die Kläger ebenfalls eine Pflichtverletzung des Beklagten nicht dargelegt. Die vertraglich übernommene **Pflicht des Treuhänders, die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel zu kontrollieren, geht nicht soweit, daß er ohne weitere Anhaltspunkte die Maße am Rohbau überprüfen zu lassen hätte**. Auch bei Hinzuziehung der von den Parteien eingereichten Zeichnungen ist nicht ersichtlich, wo und wie sich die Grundfläche im Vergleich zur ursprünglichen Planung geändert hätte. Auch die Kläger haben dazu nichts vorgetragen. Der Vorwurf der Pflichtverletzung würde aber voraussetzen, daß der Beklagte eine Änderung der Grundfläche hätte erkennen können, so daß er Anlaß zu einer genauen Überprüfung gehabt hätte oder daß der von den Klägern beauftragte Baubetreuer dem Beklagten entsprechende Hinweise gegeben hätte. Auch dazu haben die Kläger nichts vorgetragen. Die Behauptung, der Beklagte hätte von dem Einspruch des Nachbarn und den sich daraus ergebenden Konsequenzen erfahren, ist in diesem Zusammenhang unerheblich, denn dadurch hat sich unstreitig nicht die Grundfläche des Wohnzimmers verändert.

Da die Kläger für einen objektiven Pflichtverstoß des Beklagten darlegungs- und beweispflichtig sind, hätten sie Umstände darlegen müssen, aus denen sich in der konkreten Situation für den Beklagten ein Anhaltspunkt auf eine Veränderung der Grundfläche ergeben hätte. Dieses haben sie nicht getan, so daß die Klage gegen den Beklagten ohne Beweisaufnahme abweisungsreif ist.

Beschlagnahme notarieller Urkunden

– Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

– Anmerkung

(LG Stuttgart Beschl. v. 21.4.1988 – 8 Qs 28/88, wistra 1988, 245)

Leitsatz:

Ein Beschlagnahmeverbot kommt nicht in Betracht bei Schriftstücken, die keiner besonderen Geheimhaltung unterliegen, sondern für die Kenntnisnahme Dritter bestimmt sind, wie dies naturgemäß bei notariellen Urkunden der Fall ist.

Aus den Gründen:

Nach den bisher durchgeführten Ermittlungen besteht der Verdacht, daß sich die Beschuldigten einer fortgesetzten Steuerhinterziehung zugunsten der Kommanditisten der Firma C sowie der Abschreibungsgesellschaften D sowie E sowie zu ihren eigenen Gunsten strafbar gemacht haben.

Den oben genannten Unterlagen kann im Rahmen des vorliegenden Verfahrens als Beweismittel ein erhebliches Gewicht zukommen.

Die gesuchten Verträge unterliegen entgegen der Auffassung des Amtsgerichts nicht dem Beschlagnahmeverbot des § 97 StPO.

Das Beschlagnahmeverbot des § 97 StPO knüpft unmittelbar an das Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §§ 52, 53 StPO an, wobei sich aus der Aufzählung der geschützten Gegenstände in § 97 Abs. 1 StPO ergibt, daß nur solche Gegenstände beschlagnahmefrei sein sollen, die nach ihrem Aussagegehalt zu dem Vertrauensverhältnis gehören, das zwischen den Beschuldigten und demjenigen besteht, der ein Zeugnisverweigerungsrecht hat. Aus dem **Schutzzweck** bzw. der Zielrichtung der Vorschriften über die Zeugnisverweigerung und des hieraus konsequent folgenden Verbotes der Beschlagnahme bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen ergibt sich, **daß nur solche Aufzeichnungen, Mitteilungen und andere Gegenstände geschützt werden sollen, die innerhalb dieses Vertrauensverhältnisses entstanden sind**. Ein Beschlagnahmeverbot kommt daher nicht in Betracht bei Schriftstücken, die keiner besonderen Geheimhaltung unterliegen, sondern für die Kenntnisnahme Dritter bestimmt sind (Karlsruher Kommentar/Laufhütte 2. Aufl., § 97 Rdn. 9), wie dies naturgemäß bei notariellen Urkunden der Fall ist.

Aus dem Sinnzusammenhang der Aufzählung in § 97 Abs. 1 StPO sowie dem Schutzzweck der Norm ergibt sich, daß nur Unterlagen, die im Rahmen eines konkreten Vertrauensverhältnisses entstanden sind, auf die sich deshalb gerade das Zeugnisverweigerungsrecht bezieht, beschlagnahmefrei sein sollen. Demgemäß unterliegen auch privatschriftliche Vereinbarungen und Verträge, die einem Notar lediglich zur Verwahrung übergeben wurden, der Beschlagnahme.

Es sei allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Unterlagen, die dem Entstehen der oben angeführten Urkunden vorangegangen sind, insbesondere Gesprächsnotizen und Vertragsentwürfe, unter das Beschlagnahmeprivileg fallen. Nach alledem können die von der Staatsanwaltschaft gesuchten Verträge, mögen sie nun notariell beurkundet oder privatschriftlich geschlossen sein, in zulässiger Weise beschlagnahmt werden. Entgegen der Auffassung des Amtsgerichts sind auch die Voraussetzungen des § 103 StPO gegeben. Bei den in §§ 52, 53 StPO genannten Personen ist eine Durchsuchung erlaubt, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Beschlagnahme unterliegende Gegenstände gefunden werden.

Bei einer objektiven und verständigen Würdigung des Sachverhalts kann hieran kein Zweifel bestehen. In diese Bewertung muß einfließen, daß nach den bisher durchgeführten Ermittlungen die Notare A und B seit 1974 für die C tätig waren und eine Reihe von notariellen Verträgen beurkundeten, die in Zusammenhang mit der X-KG zu sehen sind. Im übrigen steht fest, daß Verträge zur Durchführung der eine wesentliche Rolle spielenden „Familienvereinbarung“ bei den hier in Frage stehenden Notaren beurkundet worden sind, so daß davon auszugehen ist, daß, nachdem diese schon mit der Durchführung bzw. Abwicklung der „Familienvereinbarung“ gefaßt waren, auch die erforderlichen notariellen Verträge hier geschlossen worden sind. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß eine vorherige Anhörung der Notare unterbleiben muß, da die Beschuldigten nicht vorzeitig von diesen Ermittlungen in Kenntnis gesetzt werden sollen...

Anmerkung:

Zum fehlenden Zeugnisverweigerungsrecht des Steuerberaters gem. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO hinsichtlich der eigenen beruflichen Handlungen verweisen wir auf OLG Koblenz GI 1986, 123 mit weiterführenden Rechtssprechungshinweisen zur Verschwiegenheitspflicht. Zum fehlenden Beschlagnahmeschutz gem. § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO für fertiggestellte Jahresabschlüsse, Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, verweisen wir auf LG Stuttgart GI 1988, 63.

GI Leitsätze

Haftung des Treuhänders im Bauherrenmodell

1. Die Prospektangabe „Mietzusage mit Zusage der Bankbürgschaft“ und „Mietgarantie auf 5 Jahre“ ist nicht so zu verstehen, daß eine Bankbürgschaft in Höhe der gesamten Mieteinnahmen für alle Bauherren auf die Dauer von 5 Jahren gestellt wird. Es ist ausreichend, wenn die Bankbürgschaft das Teilrisiko, einen Teil der Mieteinnahmen nicht zu erhalten, ausreichend abdeckt. Dies ist bei einer Bankbürgschaft, die 36% der auf 5 Jahre garantierten Mieteinnahmen abdeckt, ausreichend gegeben.
2. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Treuhänders, laufend von sich aus die Ordnungsmäßigkeit der einzelnen Gewerke zu kontrollieren und auch ohne entsprechende Anweisung seitens des Baubetreuers oder der Bauherren von sich aus Mängel zu rügen.
(LG Traunstein, Urt.v. 5.7.1988 – 2 O 2482/87)

Provisionsgeschäfte / Herausgabepflicht / sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB

1. Ein Steuerberater, der für die Vermittlung der Beteiligung an einem Bauherrenmodell an seinen Mandanten vom Vertreter des Modells eine Vermittlungsprovision erhält, hat seinem Mandanten diese gem. § 667 BGB herauszugeben.
2. Verschweigt der Steuerberater die Annahme der Provision gegenüber seinem Mandanten, handelt er sittenwidrig im Sinne des § 826 BGB. Für den Eintritt eines Schadens gilt der Anscheinsbeweis.
(LG Wuppertal Urt.v. 13.10.1987 – 5 O 171/86 STEUER-TELEX 3018)

Vertragliche Treuepflicht des Treuhänders

Vereinbart der Treuhänder mit dem Finanzierungsvermittler eine erfolgsunabhängige Vergütungspflicht für die Vermittlung der Zwischen- und Endfinanzierung, für die auch unter Berücksichtigung des steuerlichen Gesamtkonzeptes eines Bauherrenmodells kein vernünftiger Grund erkennbar ist und an der die Bauherren keinerlei nachvollziehbares Interesse haben können, so verstößt er in grober Weise gegen seine vertragliche Treuepflicht.

(AG München Urt.v. 21.5.1987 – 3 C 5040/87, STEUER-TELEX 4422)

GI Hinweise

Mißlungene stille Gesellschaften sind nicht selten Gegenstand von Haftpflichtansprüchen.

Das Handbuch der stillen Gesellschaft von Paulick wird nunmehr in der 4. Auflage in einer Neubearbeitung von Blaurock vorgelegt.

Das Werk befaßt sich von der Gründung bis zur Auflösung mit allen Problemfällen einer stillen Gesellschaft. Gestaltungsvorschläge werden unterbreitet. Darüber hinaus wird auf die beliebten Mittel anonymer Einkunftsverlagerung – die Unterbeteiligung und die GmbH und Still – ausführlich eingegangen.

Haftpflichtfälle aus der Steuergestaltungsberatung stiller Gesellschaften sollte es nach Kenntnis des Paulick/Blaurock nicht mehr geben.
(Paulick/Blaurock Handbuch der stillen Gesellschaft, Verlag Dr. Otto Schmitt KG, Köln, 1988, 649 Seiten DIN A5, 165,- DM)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–10, 1988)

Abtretung		Anwaltsvertrag	
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	– Ende des –	88, 61
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88, 50	Bauherrenmodell	
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88, 94 (LS)	– Aufgabengebiet des Treuhänders	88, 55
Allgemeine Geschäftsbedingungen		– Beteiligung trotz steuerlicher Risiken	88, 150
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88, 94 (LS)	– objektbezogener StB	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	= Abgrenzung zum persönlichen StB	88, 3
– Verjährungsfrist		– Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	– Ziel des –	88, 189
Anlageberatung		Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA	
– Abgrenzung zur Anlagevermittlung	88, 182 (LS)	– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	
– Prüfung des Grundstückswerts	88, 76 (LS)	= über Ausgleichsanspruch, § 89b HGB	88, 89
– wirtschaftliche Risiken	88, 76 (LS)	= Kenntnis d. Steueraufhebungsbescheides	88, 106
	88, 90	– Dauermandat und Einzelauskünfte	88, 95
– Prognosen	88, 79	– Mandatsübernahme/Tod des Sozius	88, 94 (LS)
Antrag		Berichtigung, § 173 I, 2 AO	
– Investitionszulage	88, 155	– grobes Verschulden	
		= Belegverlust	88, 142
		= Krisensituation	88, 142
		= des Mandanten	88, 26
		– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88, 26, 142
		= Mitarbeiter-Kontrolle	88, 142

Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		
– Buchhaltungsunterlagen	88, 63	
– Jahresabschluß	88, 63	
– notarielle Urkunde	88, 196	
Beweislast		
– Buchungsfehler	88, 133	
– Kausalität	88, 95, 101	
= z. Pflichtverletzung und Schaden		
– Rückgabe von Mandantenunterlagen	88, 117	
– Schaden	88, 94	
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	88, 182	
	(LS)	
= Aussichten d. Vorprozesses	(LS)	
= Belegvernichtung d. StB	88, 146	
= Schätzungsschaden	88, 157	
– für Verhandlungsergebnis	88, 95, 100	
Buchführungsauftrag		
– Auftragsinhalt	88, 157	
– Belehrungspflichten		
= Belegaufbewahrung	88, 146	
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung		
= Belegaufbewahrung, Gastwirtsmandat	88, 146	
= Grundaufzeichnungen	88, 157	
Buchhaltungsunterlagen		
– Vernichtung, Schadendarlegung	88, 146	
Dritthaftung		
– Anwaltsvertrag	88, 100	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88, 9	
– Steuerberatungsvertrag mit OHG	88, 79	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		
= Bilanz- und Kreditgeber	88, 54	
	(LS)	
= Bilanz- und Konkursgläubiger	88, 76	
	(LS)	
Ermittlungspflicht d. StB's		
– bei Mandatsübernahme	88, 183	
Fristenkontrolle		
– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164	
	(LS)	
Gewinnausschüttung		
– mit Mittelabfluß	88, 18	
	(LS)	
Haftungsbeschränkung		
– auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	
– wegen steuerlicher Folgen	88, 150	
– im Treuhandvertrag	88, 46, 150	
– Verjährungsfrist in AGB	88, 3	
Herausgabepflicht des StB's		
– Abholung/Übersendung	88, 2	
– gespeicherte Buchhaltungsdaten	88, 174	
– Mandantenunterlagen	88, 2	
Honoraranspruch des StB's		
– Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO	88, 83, 128	
– Anrechnung ersparter Kosten	88, 29	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB		
= Umsatzsteuer	88, 29	
– Buchführungsmandat	88, 83	
– Minderung d. –	88, 128	
– sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO	88, 85	
Investitionszulage		
– Auftrag zur Beantragung d. –	88, 155	
Karenzfrist		
– Kenntnis d. StB's von BGH-Rechtspr.	88, 184	
Kassenbuch		
– Belegaufbewahrung	88, 147	
Kausalität		
– Beteiligung am Bauherrenmodell trotz Steuerrisiko	88, 150	
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88, 36	
	(LS)	
Kenntnis des Steuerrechts		
– Karenzfrist bei neuer Rechtspr.	88, 184	
– Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153, 165	
– Rechtsprechungsänderung		
= Ehegatten-Betriebsaufspaltung	88, 165	
= Grunderwerbssteuer im Bauherrenmodell	88, 150	
Klageauftrag		
– Beschwerdefrist, Ablehnung der Prozeßkostenhilfe	88, 142	
– vorsorgliche Klage	88, 18	
	(LS)	
– Rechtsmittelauftrag	88, 164	
	(LS)	
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177	
	(LS)	
Konkurrenzverbot		
– des angestellten RA	88, 2	
Konkursverwalter, Haftung des –		
– Regreßanspruch des Kommanditisten	88, 54	
	(LS)	
– Steuerhaftung	88, 54	
	(LS)	
Kostenerstattung im Regreßprozeß		
– Privatgutachten	88, 76	
	(LS)	
Kündigung des Mandats		
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18	
	(LS)	
Mandantenpflichten		
– Informationen an StB	88, 183	
Mandatsübernahme		
– Belehrungspflicht	88, 94	
	(LS)	
– Ermittlungspflicht	88, 183	
Notar		
– Belehrungspflichten		
= über Sozialbindung	88, 86	
– Beschlagnahmeverbot, § 97, StPO	88, 189	
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungsanspruchs	88, 18	
	(LS)	
Provisionsgeschäfte		
– Herausgabepflicht der Provision	88, 60, 198	
	(LS)	
– Schadenersatzpflicht	88, 198	
	(LS)	
– Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60	
Prozeßkostenhilfe		
– Beschwerdefrist	88, 142	

Rechtsanwalt

- Beratungspflichten
= Kündigungsmandat und Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB 88, 89
- Dritthaftung 88, 9
- Konkurrenzverbot 88, 2
- Verkehrs-/Prozeßanwalt 88, 164, 177 (LS)

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Geltendmachung v. Schadenersatzanspruch 88, 108
- Sanierungsverhandlungen 88, 19
- durch Wp 88, 19

Schaden

- Anwaltskosten zur Schadenabwendung 88, 32
- negatives Interesse, Kapitalanlage 88, 150, 182 (LS)
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung 88, 94 (LS)
- verlorener Prozeß 88, 94 (LS)
- bei unvermeidbarer Steuerzahlung 88, 94 (LS)
- Verschulden bei Vertragsabschluß 88, 154, 182 (LS)
- Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden

Schätzung, § 162 AO

- Schaden
= Darlegungs- und Beweislast 88, 31

Sozietät

- Vertrag mit – 88, 94 (LS)
- Tod des Sozius/Mandatsübernahme 88, 94 (LS)

Steuerberater

- Konkurs des – 88, 2

Steuerberatungsgesetz

- § 1 Abs. 2 Nr. 2
= Einrichtung der Fibu u. Lobu 88, 116 (LS)
- § 46 Abs. 3 Nr. 2
= Konkurs des StB's 88, 2

Steuerberatungsvertrag

- Dauermandat und Beratungspflichten 88, 95
- Investitionszulagenantrag 88, 155
- Kündigung durch Mandanten 88, 174
- mit OHG 88, 79
- objektbezogene und persönliche Steuerberatung 88, 3
- Steuergestaltungsberatung
= Änderung der Pachtforderung 88, 165
= gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten 88, 171
= Nießbrauch 88, 177 (LS)
= Scheingeschäfte z. Steuervermeidung 88, 160
= Vertragsänderungen 88, 160
= unentgeltliches Wohnrecht 88, 159

Steuererklärung

- Anforderung d. EW-Bescheides 88, 183
- Prüfung der Auskunft d. M. 88, 183

Steuergestaltungsberatung

- Änderung der Pachtforderung 88, 165

- gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten 88, 171
- Nießbrauch 88, 177 (LS)
- Scheingeschäfte z. Steuervermeidung 88, 160
- Vertragsänderungen 88, 160
- unentgeltliches Wohnrecht 88, 159

Steuerhinterziehung

- Berufspflichtverletzung 88, 116 (LS)
- ESt-Vorauszahlung 88, 116 (LS)
- USt-Voranmeldung 88, 116 (LS)

Testamentsvollstrecker

- Anlage von Nachlaßvermögen 88, 36 (LS)

Treuhänder

- Abweichung von Prospektaussage 88, 41
- Aufhebung der Steuerbefreiung 88, 106
- Belehrung über steuerliche Risiken 88, 150, 182 (LS)

= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt 88, 3

- Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft 88, 41
- Funktionsträgergebühren
= Vereinbarung erfolgsunabhängiger – 88, 198 (LS)
- = Werthaltigkeit der – 88, 189, 198 (LS)
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen 88, 150

- Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit 88, 46
- Kostendeckungslücke, Hinweispflicht 88, 46
- Mietgarantie und Bankbürgschaft 88, 198 (LS)

- Pflichten des – im Bauherrenmodell 88, 55, 151, 182 (LS), 189

- Prüfung d. Rohbaumaßnahme u. d. Gewerke 88, 195, 198 (LS)

- Schadenersatz, negatives Interesse 88, 150, 182 (LS)

- Überwachung d. gewerbl. Zwischenmieters 88, 106

- Verjährung des Regreßanspruchs 88, 55
- Versicherungsschutz 88, 46, 66

- Werthaltigkeit des Bauvorhabens 88, 189
- Zahlung vor Baugenehmigung 88, 182 (LS)

Unerlaubte Handlung

- vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB
= prognostische Anlageberatung 88, 81

Verjährung, § 51 BRAO

- unzulässige Rechtsausübung 88, 37, 61
- Sekundäranspruch, Frist 88, 37
- Verjährungsbeginn
= Schadenentstehung und Mandatsende 88, 37, 61

Verjährung, § 68 StBerG (§ 51 a WPO)

- Kenntnis des Fehlers u. d. Schadens 88, 145
- Verjährungsbeginn
= Anlageberatung 88, 110

= Bestandskraft des Steuerbescheides	88, 143, 169	Wettbewerb/Mandantenschutz	
= Betriebsprüfung	88, 143, 169	- des angestellten RA	88, 11
= Feststellungsklage	88, 169	Wiedereinsetzung	
= Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113	- Fristenkontrolle	
= Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110	= Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164 (LS)
= Zahlung der Steuer	88, 144	Wirtschaftsprüfer	
= Zustellung d. Steuerschadens	88, 122	- Berufsbild	88, 22
- bei Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55	= Sanierungsverhandlungen	88, 22
Verjährung, § 839 BGB -		= Treuhandtätigkeit	88, 55
anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18 (LS)	- Rechtsberatung	88, 22
- Verjährungsunterbrechung		Zurückbehaltungsrecht	
= durch Mahnbescheid	88, 122	- an Arbeitspapieren	88, 117
Verschulden		- Beweislast	88, 117
- Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153	- Darlegung d. Schriftstücke	88, 174
- gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171	- an DATEV-Daten	88, 174
Versicherungsschutz		- Grundsatzurteil	88, 117
- Nachbesserungskosten	88, 137	- an Hauptabschlußübersicht u. Umbuchungsliste	88, 117
- Treuhandtätigkeit	88, 66		
Vorteilsausgleich			
- wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77		

BGH v. 19.6.1986 - VII ZR 25/85	88, 182 (LS)	BGH v. 4.2.1988 - IX ZR 20/87	88, 94
= WM 1986, 1320		= WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	
BGH v. 3.12.1986 - IVa ZR 90/85	88, 36 (LS)	BGH v. 17.2.1988 - IVa ZR 262/86	88, 117
= ZIP 1987, 922		= StB 1988, 232 = DStR 1988, 508	
BGH v. 18.2.1987 - IVa ZR 232/85	88, 76 (LS)	BGH v. 25.2.1988 - VII ZR 152/87	88, 182 (LS)
= VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463		BGH v. 11.3.1988 - V R 49/86	88, 164 (LS)
= EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)		= Steuer-Telex 2019	
BGH v. 2.7.1987 - IX ZR 94/86	88, 94	= LEXinform 81467	
BGH v. 1.10.1987 - IX ZR 117/86	88, 100	BGH v. 24.3.1988 - IX ZR 114/87	88, 164 (LS)
BGH v. 1.10.1987 - IX ZR 202/86	88, 37	= WM 1988, 987	
= WM 1988, 127		= WuB IV A § 675 5.88 Huff	
BGH v. 7.10.1987 - IVa ZR 67/87	88, 79	OLG Bremen v. 10.11.1987 - 1 U 56/87	88, 86
= StB 1988, 16 = WM 1987, 1557		OLG Celle v. 13.6.1986 - 44 StL 24/85	88, 18 (LS)
BGH v. 4.11.1987 - IVa ZR 158/86	88, 19	OLG Celle v. 15.4.1987 - 3 U 16/87	88, 143
= WM 88, 26 = ZIP 88, 40		OLG Düsseldorf, 13.6.1985 - 8 U 212/84	88, 2
= EWiR Art. I § 5 RBERG 1/88, 185 (Chemnitz)		= RBeistand 1987, 42	
= AnwBl. 1988, 490 m. Anm. Chemnitz		OLG Düsseldorf v. 26.11.1987 - 18 U 97/87	88, 29
= JZ 1988, 556 m. Anm. Zuck		OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 - 18 U 174/87	88, 83
BGH v. 5.11.1987 - IX ZR 86/86	88, 36 (LS)	OLG Düsseldorf v. 28.4.1988 - 18 U 1/88	88, 183
= EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann)		OLG Düsseldorf v. 5.5.1988 - 18 U 289/87	88, 146
= EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann)		OLG Düsseldorf v. 9.6.1988 - 18 U 285/87	88, 177 (LS)
= WM 88, 342		OLG Düsseldorf v. 14.7.1988 - 18 U 32/88	88, 184
BGH v. 19.11.1987 - VII ZR 39/87	88, 55	OLG Frankfurt v. 5.11.1987 - 13 U 186/85	88, 54 (LS)
BGH v. 25.11.1987 - IVa ZR 162/86	88, 95	= NJW/RR 1988, 124	
= StB 1988, 166		OLG Frankfurt v. 27.1.1988 - 21 U 201/86	88, 150
BGH v. 26.11.1987 - IX ZR 162/86	88, 18 (LS)	= WM 1988, 632	
= WM 1986, 166		= NJW RR 1988, 618	
= WuB IV A. § 675 BGB 2.88 Sturmhoebel		OLG Hamm v. 25.2.1987 - 28 W 4/87	88, 61
BGH v. 2.12.1987 - IVa ZB 17/87	88, 177 (LS)	OLG Hamm v. 4.6.1986 - 25 U 61/85	88, 94 (LS)
BGH v. 9.12.1987 - IVa ZR 204/86	88, 77	= StB 1987, 211	
= WM 1988, 220			
= WuB IV A. § 675 BGB 3.88 Sturmhoebel			
BGH v. 17.12.1987 - IX ZR 41/86	88, 164 (LS)		

OLG Hamm v. 16.9.1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)	BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80	88, 26
OLG Hamm v. 18.3.1988 – 25 U 103/87	88, 136	BFH v. 1.7.1987 – II B 59/87	88, 142
OLG Karlsruhe v. 5.2.1988 – 15 U 246/85	88, 189	= BFH NV 1988 L 49	
= KaRS 1988, 125		BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	88, 142
OLG Koblenz v. 11.6.1987 – 1 Ss 198/87	88, 116 (LS)	= STEUER-TELEX 0314	
OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87	88, 3	= LEXinform 0081061	
OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87	88, 2	BFH v. 17.9.1987 – VII R 168/84	88, 15
OLG Köln v. 6.11.1987 – 6 U 205/86	88, 41	= BFH NV 1988, 9	
OLG Köln v. 9.3.1988 – 2 U 67/87	88, 128	BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86	88, 2
OLG München v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86	88, 66	= Steuer-Telex 132	
OLG München v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85	88, 60	= LEXinform 0081033	
OLG Oldenburg v. 1.12.1986 – 13 U 126/85	88, 182 (LS)	BFH v. 12.1.1988 – VII R 60/86	88, 116 (LS)
= WM 1987, 169		= Steuer-Telex 119	
OLG Oldenburg v. 27.4.1987 – 3 U 119/86	88, 89	= LEXinform 0081292	
OLG Oldenburg v. 7.5.1987 – 1 U 211/86	88, 122	FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
OLG Stuttgart v. 10.3.1987 – 10 U 7/86	88, 182 (LS)	FG Berlin v. 24.3.1987 – VII 100/86	88, 142
= NJW/RR 1988, 276		= EFG 1987, 594	
OLG Stuttgart v. 21.5.1987 – Ss 221/87	88, 116 (LS)	OVG Münster Beschl. v. 21.2.1987 – XI B 43/87	88, 94 (LS)
= StB 1988, 21		= AnwBl. 1988, 172	
OLG Stuttgart v. 27.5.1987 – 8 W 134/87	88, 76 (LS)		
= StB 1988, 20			
EG Hamburg v. 4.2.1986 – III 12/85 EV 73/83	88, 116 (LS)		
= BRAK-Mitt 1987, 100			
LG Arnsberg v. 2.5.1988 – 5 S 260/87	88, 155		
LG Aschaffenburg v. 23.9.1987 – 3 O 474/86	88, 165		
LG Berlin v. 2.12.1987 – 30 O 214/87	88, 157		
LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87	88, 9		
LG Detmold v. 4.12.1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)		
LG Detmold v. 25.2.1988 – 3 O 215/87	88, 90		
LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87	88, 31		
LG Düsseldorf v. 21.12.1987 – 1 O 132/87	88, 76 (LS)		
= STEUER-TELEX 1016			
LG Heidelberg v. 13.11.1987 – 5 O 60/86	88, 46		
LG Köln v. 5.1.1988 – 22 O 28/87	88, 110		
LG Köln v. 11.1.1988 – 20 O 246/87	88, 106		
LG Mannheim v. 16.6.1988 – 5 O 14/88	88, 169		
LG Oldenburg v. 21.8.1987 – 6 O 2008/86	88, 195		
LG Oldenburg v. 20.5.1988 – 6 O 570/88	88, 159		
LG Paderborn v. 14.4.1988 – 3 O 40/88	88, 171		
LG Stuttgart v. 14.9.1987 – 10 Qs 53/87	88, 63		
= wistra 1988, 40			
LG Stuttgart v. 21.4.1988 – 8 Qs 28/88	88, 196		
= wistra 1988, 245			
LG Traunstein v. 5.7.1988 – 2 O 2482/87	88, 198 (LS)		
LG Wuppertal v. 13.10.1987 – 5 O 171/86	88, 198 (LS)		
= STEUER-TELEX 3018			
AG Bad Neuenahr-Ahrweiler v. 25.11.1987 – 3 C 127/87	88, 174		
AG München v. 21.5.1987 – 3 C 5040/87	88, 198 (LS)		
= STEUER-TELEX 4422			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (0221) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.